

bezeichnete in seiner Rede den Grundsatz der Neutralität als eine überholte Auffassung ... Dieser Gedanke habe sich immer mehr als überholte Auffassung herausgestellt und sei — abgesehen von sehr außergewöhnlichen Umständen — unmoralisch und kurzfristig.<sup>419</sup>

Die Geschichte ist längst über die Einpeitscher der imperialistischen Politik vom Stile Adenauers und Dulles' hinweggegangen. In der Zwischenzeit haben es die Vertreter der imperialistischen westdeutschen Bundesrepublik zwar besser gelernt, die neokolonialistischen Praktiken zu handhaben und ihre wahren Ziele zu verschleiern. Der völkerfeindliche und ausbeuterische Charakter ihrer Politik gegenüber den unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas läßt sich indes vor den Volksmassen auch heute nicht verbergen. Da helfen auch noch so schöne und wohlgesetzte Reden nichts.

Es führt eine gerade Linie vom imperialistischen deutschen Kaiserreich mit seiner Politik der vielfältigen Unterdrückung der Völker Asiens und Afrikas über Hitler, der mit faschistischem Militärstiefel dem deutschen Imperialismus wieder zum Besitz von Kolonien verhelfen und damit die Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker sichern wollte, bis hin zur offenen materiellen, finanziellen und moralisch-politischen Unterstützung des USA-Ausrüttungsfeldzuges gegen das vietnamesische Volk und anderer imperialistischer Aggressionen — wie z. B. der israelischen Aggression gegen arabische Staaten im Jahre 1967 — durch die gegenwärtige Regierung Kiesinger/Strauß.

Die Regierung Kiesinger/Strauß hat die westdeutsche Bundesrepublik in die USA-Globalstrategie eingegliedert. Sie hat jedoch ihre eigene neokolonialistische Zielsetzung keineswegs aufgegeben. Das zeigt ihr permanentes Streben nach Ausbau der westdeutschen neokolonialistischen Positionen in Asien, Afrika und Lateinamerika sowohl zum Zwecke der verstärkten Mitbeteiligung an der Ausbeutung der unabhängigen Staaten als auch der Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten für die westdeutschen Monopole.

Dabei verfolgt die westdeutsche Regierung außerdem ein Ziel besonderer Art: Das Spezifische der neokolonialistischen Politik der westdeutschen Regierung, ihre ausgeprägte Aggressivität, kommt heute in einem unverschämten politischen und ökonomischen Druck, in einer rücksichtslosen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der unabhängigen und souveränen Staaten Asiens und Afrikas zum Ausdruck, um die aggressive und völkerrechtswidrige Alleinvertretungsmaßnahme durchzusetzen.

Der vom Marxismus-Leninismus nachgewiesene enge Zusammenhang zwischen der imperialistischen Unterdrückung der werktätigen Klassen im Innern der Nation einerseits und der Unterdrückung fremder Nationen andererseits wird auch hier deutlich. Die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus richtet sich nicht nur gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen innerhalb der Bundesrepublik, nicht nur gegen die zur Macht gelangte Arbeiterklasse im sozialistischen Teil der deutschen Nation, in der DDR, sondern auch gegen die unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas, deren Völker sich von imperialistischer Kolonialherrschaft befreit haben.

Die Regierungsvertreter des westdeutschen Monopolkapitals versuchen zwar unter dem Deckmantel lauthals verkündeter „Entwicklungshilfe“, diese ihre aggressive Politik humanistisch zu verbrämen. Aber das wahre imperialistische Gesicht kommt hinter dieser Maske immer wieder zum Vorschein. So stieß der westdeutsche Bundeskanzler Kiesinger gerade im Zusammenhang mit der Gewährung westdeutscher „Entwicklungshilfe“ in Neu-Delhi gegen-